

13. Mai 2015



Herrn <sup>6/15</sup>  
Oberbürgermeister Gerich

Der Magistrat

über  
Magistrat

Dezernat für Umwelt und  
Soziales

und

Bürgermeister Arno Goßmann

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel

an den Ausschuss für Frauenangelegenheiten

6. Mai 2015

**Altersarmut von migrantischen Frauen**

Beschluss-Nr. 0013 des Ausschusses für Frauenangelegenheiten;  
(Vorlagen-Nr. 15-F-03-0044)

*Der Magistrat wird gebeten zu berichten:*

- *welche strukturellen Maßnahmen präventiv ergriffen werden,*
  - o *um drohende Altersarmut, insbesondere bei Frauen mit Migrationshintergrund vorzubeugen.*
  - o *um Frauen wieder in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bringen.*
- *welche Angebote und Möglichkeiten es in Wiesbaden gibt, insbesondere für arme ältere Frauen mit Migrationshintergrund am sozialen und kulturellen Leben teilzuhaben?*

Die Fragen beantworte ich wie folgt:

**Zur ersten Frage:**

Altersarmut von Frauen ist ein strukturelles Problem, das sich daraus ergibt, dass Frauen mit Kindern ihre Erwerbsbiographien für eine (längere) Zeit unterbrechen und auch nach der Geburt viele Jahre nur einer geringfügigen oder Teilzeit-Beschäftigung nachgehen, um sich um die Erziehung und Betreuung der Kinder zu kümmern. Das führt zu geringen Rentenansprüchen der Frauen.

Bei den Frauen, die schon existenzsichernde Leistungen gemäß SGB II erhalten, liegt nahe, dass sie insbesondere die sein werden (aber nicht ausschließlich), die von Altersarmut betroffen sind. Eingehende Analysen, unter anderem im Geschäftsbericht SGB II für das 1. Halbjahr 2014<sup>1</sup>, zeigen, dass Mütter in Paarhaushalten und insbesondere ausländische Mütter in Paarhaushalten signifikant geringer erwerbsbeteiligt sind. Gerade im Kontrast zu den überdurchschnittlich erwerbsintegrierten Vätern wird deutlich, dass der Hauptfaktor in einer traditionellen Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen begründet ist, in deren Logik sich die Frauen hauptsächlich um die Kindererziehung und -betreuung kümmern. Das zeigt sich auch in Abgrenzung zu den alleinerziehenden Müttern, die zwar die alleinige Betreuung der Kinder zu bewerkstelligen haben, aber in deutlich höherem Maße erwerbsbeteiligt sind als Mütter in Paaren. Diese Rollenvorstellung ist zwar im Laufe der letzten

<sup>1</sup> Amt für Soziale Arbeit: <http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung-entwicklung/content/beschaefigungsfoerderung.php>

Jahrzehnte modifiziert worden in der Weise, dass mittlerweile nicht mehr ein Male-Breadwinner-Modell<sup>2</sup> in Familien vorherrscht, sondern ein Zuverdiener/-innen-Modell. Aber auch dieses hat eine verminderte Erwerbsbeteiligung der Frauen zur Folge - und somit auch das erhöhte Risiko der Altersarmut. Zudem kommt, dass dieses Rollenverständnis eben nicht nur in Paaren vorliegt, sondern eine gesellschaftliche Haltung ist, die dann auch Konsequenzen vielfältiger Art haben, bspw. bei Einstellungen durch Arbeitgeber/-innen.

- Dieser strukturellen Problematik, der - wie dargestellt - gesellschaftliche Haltungen zugrunde liegen, kann deshalb nicht strukturell auf kommunaler Ebene begegnet werden. Dennoch gibt es natürlich Strategien, die sich dieser Problemlage annehmen. Beispielhaft sei hier die Kampagne ME „Migrantinnen und Erwerbstätigkeit“, federführend initiiert vom Amt für Integration und Zuwanderung, genannt:  
Dies ist eine Informationskampagne, in der es darum geht, die geringere Erwerbsteilhabe von Migrantinnen zu thematisieren und die Frauen anzuregen, sich mit der eigenen Erwerbstätigkeit auseinanderzusetzen. Die Kampagne besteht aus drei Säulen:
  1. Eine Plakatkampagne, die im Oktober in Wiesbaden gehängt wurde und bei der eine Reihe von Migrantinnen sich vorstellen und ihren erfolgreichen Weg in eine Berufstätigkeit skizzieren.
  2. Eine Broschüre für Multiplikator/-innen und Migrantinnen umfasst eine Zusammenstellung jeglicher Informationen rund um das Thema Erwerbstätigkeit und (Wieder-)Einstieg in die Berufstätigkeit.
  3. Einen Kurzfilm, in der Migrantinnen über ihren Weg in die Berufstätigkeit berichten ([https://www.youtube.com/watch?v=v\\_pLo-XKgPE](https://www.youtube.com/watch?v=v_pLo-XKgPE)).Oder auch die Kooperation des Kommunalen Frauenreferats, des Amtes für Soziale Arbeit und des Evangelischen Dekanats in Wiesbaden sei genannt, die sich mit einer Auftaktveranstaltung (18.11.2014) „Risiko Altersarmut - Frauen im Fokus“<sup>3</sup> diesem Thema widmete, und für die unterschiedlichen Facetten (Minijobs, Alleinerziehende; Familienbilder etc.) eine Veranstaltungsreihe plant.
- Ebenso gibt es gerade im Bereich SGB II vielfältige Bemühungen, die sozialversicherungspflichtige Erwerbsbeteiligung von Frauen (mit Migrationshintergrund) zu erhöhen:
  - Die Fachkräfte im Fallmanagement beraten Migrantinnen intensiv über alle Unterstützungsangebote zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und erarbeiten eine Strategie zum Einstieg in den Arbeitsmarkt. Dabei stehen auch die Lösungen von individuellen Problemen und Fragen im Vordergrund, die Voraussetzungen zur Aufnahme einer Beschäftigung sind.
  - Jeder erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stehen alle Förder- und Unterstützungsangebote des Kommunalen Jobcenters zur Verfügung (Maßnahmen zur beruflichen Orientierung, Betriebspraktika, Bewerbungstrainings, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote etc.).
  - Darunter gibt es spezifische Angebote für Frauen: Fort- und Weiterbildungsangebote der Frauenbildungsträger für Wiedereinsteigerinnen; Einzelcoaching; Familie und Beruf-Maßnahme für Erziehende in 3 Modulen; MäK'm - Mädchen können mehr (U 25); Angebote der Elternbildung der Jugendhilfe.
  - Und auch speziell für Migrantinnen: gezielte Fördermaßnahmen nur für Migrantinnen; Einleitung eines Anerkennungsverfahrens unter Hinzuziehung der Erstberatungsstelle für Zuwanderer mit im Ausland erworbenen Abschlüssen; Sprachkurse zum Erlernen der deutschen Sprache; Integrationsassistentinnen unterstützen bei Bedarf die Beratung des Fallmanagements.

<sup>2</sup> Nach diesem Modell erwirtschaftet der männliche Partner den Lebensunterhalt der Familie, während die Partnerin keiner Erwerbstätigkeit nachgeht, sondern die Kindererziehung und -betreuung übernimmt.

<sup>3</sup> Zu dieser Tagung gibt es eine ausführliche Tagungsdokumentation, die im Mai erscheinen wird.

### Zur zweiten Frage:

Grundsätzlich können alle Leistungen der Altenarbeit auch von Menschen mit Migrationshintergrund in Anspruch genommen werden. Dies gilt sowohl für die offene Altenarbeit mit ihren präventiven und kompensatorischen Angeboten und Programmen, als auch für die ambulante, teilstationäre und stationäre Altenpflege.

Der Bericht zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030, auf den auch in der Anfrage rekurriert wird, stellt für Migrant/-innen folgende Angebote heraus:

- Angebot an muttersprachlichen Informationsveranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (u.a. ältere Migranten; Selbständiges Leben im Alter etc.)
- Offene Angebote für Senior/-innen mit und ohne Migrationshintergrund im WIF (Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum e.V.) und im BauHof Wiesbaden.
- Kooperation und regelmäßiges Austauschtreffen zwischen WIF, Treffpunkt Aktiv Adlerstraße und Seniorentreff Westend.
- Gewinnung von Menschen mit Migrationshintergrund für den Pflegeberuf (Altenpflegekurs, Sprachvorlaufkurse und Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland).

Zusätzlich gibt es aktuell auch folgende Programme und spezielle Angebote für die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“:

- Gemeinsam mit der Alzheimer Gesellschaft Wiesbaden wird derzeit quartiersbezogen in Wiesbaden-Biebrich untersucht, welche Unterstützungsformen für Menschen mit Migrationshintergrund hilfreich sind, wenn sie in ihrem Haushalt einen Menschen unterstützen der demenziell erkrankt ist. Das Vorhaben der Alzheimer Gesellschaft wird vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der „Allianzen für Menschen mit Demenz“ unterstützt und vom Amt für Soziale Arbeit, Forum Demenz, begleitet.
- Das Amt für Soziale Arbeit, Altenarbeit, wirkt aktiv im Modellvorhaben OPEN der Hochschule RheinMain mit. Ziel des Vorhabens ist es, Menschen mit Migrationshintergrund den Zugang zur Beratung und Unterstützung im Kontext Altenarbeit zu erleichtern. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter. Diese werden schon jetzt im gleichen Umfang von Menschen mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit in Anspruch genommen, wie von Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Trotzdem bestehen Unsicherheiten, ob mit den Leistungen der Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter alle Bevölkerungsgruppen unserer Stadtgesellschaft erreicht werden. Vor diesem Hintergrund liegt ein Schwerpunkt des Modellvorhabens darin, systematisch zu untersuchen, wie Menschen mit Migrationshintergrund der Zugang zu den Leistungen der Beratungsstellen erleichtert werden kann. Schon jetzt wird deutlich, dass dabei die Intensivierung der bereits etablierten Kooperationen mit MigraMundi e.V. und den insgesamt 65 Integrationsassistentinnen und -assistenten ein wesentlicher Bestandteil des Vorhabens wird.

Der Verein „Silberstreifen e.V.“ Wiesbaden hat sich zum Ziel gesetzt, sich aktiv gegen Altersarmut in Wiesbaden einzusetzen. Der Verein sammelt Spendenmittel, die dann auf Empfehlung der Beratungsstellen für selbständiges Leben im Alter gezielt für bedürftige alte Menschen unserer Stadt eingesetzt werden. Dabei beziehen sich die Leistungen von Silberstreifen ausschließlich auf Unterstützungen, die nach den Vorschriften des Sozialhilfe (SGB XII) nicht gewährt werden können. Die Leistungen des Vereins Silberstreifen erreichen auch Menschen mit Migrationshintergrund.

